

# Laute Störenfriedinnen

Feministinnen machen in Bern mit einem Strickkränzchen auf ihre Anliegen aufmerksam

Rund 200 Personen haben sich am Internationalen Tag der Frau auf dem Bundesplatz versammelt, um strickend für ihre Rechte zu demonstrieren. Dabei vermischten sich alte und neue Forderungen.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

«Wenn du ein Star bist, dann lassen sie es zu. Du kannst alles machen», sagte der US-Präsident Donald Trump einst. Er könne sogar Frauen zwischen die Beine grapschen (und sie liessen es geschehen). Die Nachwehen seiner Äusserungen, die während des Wahlkampfes einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hatten, sind auch heute noch zu spüren. In der Welt – und in der Schweiz.

Am Mittwochmittag, am Internationalen Tag der Frau, der jeweils am 8. März begangen wird, trafen sich rund 200 junge und alte Feministinnen und Feministen auf dem Bundesplatz. Ihre Message: «Pussies grab back!» – die Pussys schlagen zurück. Um gemeinsam zu stricken und für die Rechte der Frauen einzustehen, versammelten sich die Demonstrierenden in pinkfarbenen Mützen, den Pussy Hats, die sich – abgeleitet von der Pussy Cat – zum Symbol der feministischen Protestbewegung entwickelt haben.

## Neue und alte Forderungen

Dabei vermischten sich alte und neue Forderungen: So wurde neben dem Ende des Sexismus auch mehr Lohngleichheit für Frauen gefordert. Obwohl diese bei weitem noch nicht erreicht sei, sollten die Frauen die AHV-Reform 2020 bezahlen, welche derzeit im Bundeshaus debattiert wird. «Skandal!» – waren sich die Demonstrierenden alleinig einig. Auf gestrickten Transparenten war denn auch schwarz auf pink «Mehr AHV» zu lesen. Über eine Musikanlage lief der Protestsong: «We can't keep quiet!»

Lauthals brüllte Anja Peter vom Frauensekretariat der Gewerkschaft Unia ihre Anliegen ins Mikrofon: Sie forderte soziale und ökonomische Sicherheit, anständige Renten, gerechte Löhne, kostenlose Kinderbetreuungs-



Thomas Ammann (cvp, SG) und Regula Rytz (gp, BE) beim Stricken in der Wandelhalle des Nationalrats.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

plätze und längeren Mutter- und Vaterschaftsurlaub. Weiter forderte sie legale und sichere Abtreibungen weltweit sowie eine Debatte über die Care-Arbeit.

Es dauerte keine zehn Minuten, und die Polizei traf ein. Die Demonstrierenden, welche für ihr Sit-in keine Bewilligung eingeholt hatten, wurden aufgefordert, die Musik leiser zu stellen; der Sessionsbetrieb im Bundeshaus werde sonst gestört. Sprecherin Peter ergriff sogleich die Gelegenheit, eine «Mitteilung ans Bundeshaus» zu machen: «Lasst euch stören! Wir sind hier, und wir sind laut, wir sind der Souverän, und wir sind hier draussen!»

Aus der Ferne beobachtete SVP-Nationalrätin Yvette Estermann – mit schwarzem Hut aus Leder – das bunte Treiben. Nein, ihr Hut sei «kein Protest gegen den Protest», sagt sie auf Nachfrage. Viel Verständnis für diese Anliegen der Frauen habe sie indes nicht.

«Der Feminismus war in den 1950er Jahren.» Heute brauchten ihn starke Frauen nicht mehr.

Ganz anderer Meinung ist die Baslerin Sibel Arslan, die für die Grünen im Nationalrat sitzt. Sie springt mit pinkfarbenem Pussy Hat aus dem Bundeshaus. Die Meinung der Frauen teile sie «voll und ganz» – weshalb sie nun auch schnell noch «ein wenig mitdemonstrieren» müsse, bevor die parlamentarische Arbeit wieder rufe.

## Das Parlament «en rose»

Ganz verschont von der Bewegung in Pink ist aber auch das Parlament nicht geblieben. Hinter den Mauern des Bundeshauses wurde emsig gestrickt: In der Wandelhalle trafen sich bereits am Mittwochmorgen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf ein Strickkränzchen. «Wir verstehen dies als Solidarität mit

der neuen und wichtigen Frauen-(und-Männer-)Bewegung gegen Sexismus und Rückschritte in der Gleichstellung, für Toleranz und die gleichberechtigte Teilhabe von Frau und Mann in allen Lebensbereichen», hiess es in einer von mehreren linken und bürgerlichen Nationalrätinnen verschickten Mitteilung. Sie stünden ein für eine glaubwürdige Gleichstellungspolitik in der Schweiz.

Unterzeichnet haben die beiden grünen Nationalrätinnen Maya Graf (Basel-Landschaft) und Kathrin Bertschy (Bern), die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, die Zürcher SP-Nationalrätin Min Li Marti, die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und die Berner EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller. – Für die Debatten in der grossen Kammer wurden die Mützen übrigens wieder ausgezogen.

# «Wir dringen mit den Anliegen noch nicht durch»

Strick-in-Mitorganisatorin Bettina Dauwalder über einen seit Jahrzehnten andauernden Kampf

Die heutigen Feministinnen wollen Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gewerkschafterin Bettina Dauwalder erklärt, warum die Frauen fordern und nicht gefördert werden wollen.

Frau Dauwalder, Sie gehören zu den Mitorganisatorinnen des Strick-in auf dem Bundesplatz am Tag der Frau. Was sind Ihre Forderungen?

Einerseits gibt es die traditionell Linken, die Gewerkschaften, welche sich für Lohngleichheit oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. In der jüngeren Vergangenheit ist aber auch eine Bewegung entstanden, die neu und bunt ist. Dementsprechend vielfältig sind die Forderungen. Diese jungen Frauen machen auf den latenten Sexismus in unserer Gesellschaft aufmerksam und setzen sich mit Theorien des Feminismus auseinander. Es ist eine Bewegung, die sich auch gegen das sexistische Regime von Donald Trump richtet.

Deshalb die pinkfarbenen, aus den USA importierten «Pussyhats»?

Ja, wir haben die internationale Initiative «Pussycat – Pussyhat» auch in der Schweiz aufgenommen. Die Mütze ist ein Eyecatcher, frech und frisch.

Als Sekretärin des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) vertreten Sie aber vor allem die klassischen Anliegen des Feminismus?

Genau. Im Prinzip fordern wir die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes, welches am 1. Juli 1996 in Kraft trat.

... und welches hierzulande die rechtlichen Schlechterstellungen beseitigt hat. Theoretisch, ja. Das Gesetz sollte jede Art der Diskriminierung von Frauen oder Männern verbieten.

Und in der Praxis?

In der Praxis bleiben die unerklärten Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau hoch. Das zeigt die Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2014, die das Bundesamt für Statistik erst am Dienstag wieder veröffentlicht hat. Betrug die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Privatwirtschaft 2010 durchschnittlich 23,6 Prozent, waren es 2014 noch 19,5 Prozent. 39,1 Prozent der Lohnunterschiede im privaten Sektor können die Statistiker nicht erklären!

Was also tun?

Es ist wichtig, dass wir auf die Probleme immer und immer wieder von neuem aufmerksam machen.

Ist Stricken dafür die richtige Form?



Bettina Dauwalder  
Gewerkschafterin

Ich persönlich finde das Strickkränzchen eine lustige Idee. Stricken aus Protest hat aber auch eine lange Tradition. Bereits während der Französischen Revolution gab es die sogenannten Tricoiteuses, die Strickerinnen. Diese politischen Aktivistinnen aus den Pariser Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen traten an Orten des revolutionären Geschehens teilweise militant auf. Die spitze Nadel kann demnach auch als Symbol für unseren Kampf gesehen werden. Wir sind aufmüppig!

Was ist mit struktureller Diskriminierung? Gibt es eine solche?

Es zeigt sich, dass die strukturelle Diskriminierung mit dem Kinderwunsch beginnt. Frauen studieren heutzutage, machen ihren Abschluss, beginnen zu arbeiten. In der Partnerschaft sehen sie sich als gleichberechtigt an. Kommt dann das Kind, hapert es mit der gleichberechtigten Verteilung der Aufgaben.

Könnte man den Frauen nicht einfach raten: Sucht euch den richtigen Mann?

Schon, aber man muss die richtigen Männer auch erst einmal finden. Männer haben vom Arbeitgeber her oftmals Mühe, Teilzeit zu arbeiten.

Sie arbeiten mit dem Gesundheitspersonal. Was sind Ihre Forderungen?

Ich setze mich für bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen ein. Wir fordern beispielsweise eine verlässlichere Arbeitsplanung, damit das Familienleben besser geplant werden kann.

Feministische Forderungen klingen teilweise wie Förderungen, braucht es diese?

Wir benutzen das Wort Frauenförderung nicht. Wir wollen unsere Rechte, die gleiche Stellung in der Gesellschaft – und hier gibt es Barrieren, gegen die «frau» sich wehren muss. Zum Beispiel mit Frauenquoten. Diese sind eben keine Förderung, sondern eine Forderung, die es so lange braucht, wie es anders halt nicht klappt.

Werden Frauen dadurch nicht als Opfer dargestellt, die sich nicht selbst durchsetzen können?

Wir sind keine Opfer. Wären wir welche, würden wir wohl kaum auf die Strasse gehen. Doch wir dringen mit unseren Anliegen nicht durch – noch nicht.

Interview: Valerie Zaslowski, Bern

# SVP will in Solothurn an die Macht

Kandidat mit Trump verglichen

DANIEL GERNY

Noch muss die SVP die Klatsche verdauen, die sie am Wochenende mit dem schlechten Abschneiden von Oskar Freysinger bei den Walliser Wahlen kassiert hat, da kommt schon die nächste Bewährungsprobe für die Partei auf kantonalem Parkett – dieses Mal in der Nordwestschweiz: Am Sonntag werden Regierung und Parlament im Kanton Solothurn neu gewählt. Die SVP drängt dort in die fünfköpfige Regierung. Sie nimmt einen von zwei wegen Rücktritten frei werdenden Sitzen ins Visier.

Die SVP legte im Kanton Solothurn in den letzten Jahren einen starken Auftritt hin: Aus dem Nichts ist die Partei zur zweitstärksten Kraft angewachsen. Aus dem Kanton Solothurn kommt ausserdem Nationalrat Walter Wobmann, der mit der Minarett-Initiative einen Grosserfolg auf nationaler Ebene feierte und mit der Burka-Verbots-Initiative bereits den nächsten Pfeil im Köcher hat. Doch obwohl die SVP aus dem urfreisinnigen Kanton Solothurn nicht mehr wegzudenken ist, schafft sie es nicht in die Regierung. Dreimal nahm das einstige Solothurner SVP-Schwergewicht Roland Borer Anlauf. Und drei Mal scheiterte er.

Jetzt versucht es der Anwalt und Kantonsrat Manfred Küng, ein Mann mit klassischem SVP-Profil, der aber selbst im Kanton nicht sehr bekannt ist. Das muss kein Nachteil sein, wenn man das schlechte Abschneiden von Borer und Wobmann bei vergangenen Regierung- und Ständeratswahlen betrachtet. Küngs Ziel sei es, «die Arroganz der Macht» zu brechen, wobei damit die Regierungsbündnisse aus FDP, CVP und SP gemeint sind. Als «Trump-Nachahmer» bezeichnete ihn die «Solothurner Zeitung», weil er in einem Zeitungsartikel Verständnis für Putins Intervention auf der Krim geäussert habe.

Gross sind seine Chancen allerdings nicht: Die drei Bisherigen, Roland Fürst (cvp), Remo Ankli (fdp.) und Roland Heim (cvp.), sind so gut wie gesetzt. Gute Chancen werden auch der sozialdemokratischen Juristin Susanne Schaffner eingeräumt, die über die Parteigrenzen hinaus Ansehen geniesst. Spannend würde es höchstens, wenn Küng im ersten Wahlgang die für den zweiten FDP-Sitz antretende Marianne Meister hinter sich lassen würde. Gering erscheinen dagegen die Chancen der Grünen Brigit Wyss. Die frühere Nationalrätin, die 2010 sogar für den Bundesrat kandidierte, war bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren die Hoffnungsträgerin ihrer Partei, als sie im ersten Wahlgang überraschend FDP und CVP in Bedrängnis brachte. Doch ihr Angriff wurde abgewehrt. Am kommenden Sonntag sind Wyss' Chancen kaum besser.

# Swisscom gibt Daten weiter

Kunden können widersprechen

(sda) · Ab dem 1. April leitet die Swisscom anonymisierte Kundendaten an die Werbepattform Admeira weiter, die sie zusammen mit Ringier und der SRG unterhält. Kunden können der Nutzung ihrer Daten aber widersprechen. Auf dieses Recht macht Swisscom in einer neuen Datenschutzerklärung aufmerksam, die sie in diesen Tagen an Millionen Festnetzkunden versendet. Darin wird erläutert, dass Privatkunden jederzeit die Möglichkeit haben, gegen die Bearbeitung der Daten zu Marketingzwecken oder den Empfang von Werbung Widerspruch einzulegen. Swisscom betont, dass sie nur anonymisierte Angaben zum Geschlecht, zur Altersgruppe und zur Wohnregion an Admeira weitergibt. Admeira wird die Daten nach eigenen Angaben für zielgruppenbasierte Werbung nutzen.